

Pressemitteilung

Nr. 87/2025

Kiel, 30.04.2025

Pressesprecher Per Dittrich Tel. 01520-161 2276

SSW fordert Fonds zur nachhaltigen Finanzierung der Hafeninfrastruktur

Mit einem Antrag im Landtag fordert die SSW-Landtagsfraktion die Einrichtung eines gemeinsamen Hafeninfrastrukturfonds von Land und Bund, um die schleswig-holsteinischen Häfen nachhaltig zu modernisieren und langfristig abzusichern.

Die Initiative geht zurück auf die wirtschaftspolitische Sprecherin des SSW, Sybilla Nitsch. „Unsere Häfen sind nicht nur Umschlagplätze für Güter – sie sind Rückgrat der regionalen Wirtschaft, Lebensader der Westküste und Schnittstelle für den Tourismus und den Verkehr mit Skandinavien“, erklärt Nitsch.

„Doch viele Hafenstandorte – insbesondere in den ländlichen Räumen – sind auf Investitionen angewiesen, die allein aus kommunalen Haushalten nicht zu stemmen sind.“

Laut Wirtschaftsministerium liegt der Investitionsbedarf in den rund 30 Häfen des Landes bis 2030 bei rund 800 Millionen Euro. Der Fonds soll deshalb gezielt Maßnahmen der Landes- und Bundeszuständigkeit bündeln und gleichzeitig die Planungsverfahren verschlanken.

„Gerade in Häfen wie Dagebüll, Husum oder Wyk auf Föhr hängen medizinische Versorgung, Tourismus, Fährverkehr und Wirtschaft unmittelbar zusammen“, betont Nitsch. „Wenn wir über gleichwertige Lebensverhältnisse reden, dann müssen wir die Hafeninfrastruktur in diesen Regionen ganz vorne mitdenken.“

Auch Flensburgs Hafen ist ein strategischer Standort – als Wirtschaftsraum, für den Grenzverkehr und als Tor nach Skandinavien. Wer hier investiert, stärkt nicht nur die maritime Infrastruktur, sondern auch die Zusammenarbeit mit unseren dänischen Nachbarn und den Wirtschaftsstandort Flensburg selbst. Es geht uns darum, bestehende Hafenstandorte gezielt zukunftsfähig zu machen – nicht um Verlagerung, sondern um verlässliche Entwicklungsperspektiven.

Ziel muss auch sein, die Hafeninfrastruktur nicht nur zu erhalten, wenn es um die wirtschaftliche Funktion der Anlagen geht, sondern auch echte Investitionen zu tätigen, die eine wirtschaftliche Entwicklung und Ansiedlungen von Firmen begünstigt.

Der Antrag sieht vor, Mittel aus dem Bundes-Sondervermögen „Infrastruktur“ sowie dem schleswig-holsteinischen Sondervermögen zur grün-blauen Infrastruktur und Haushaltsmittel zweckgebunden in den Fonds einfließen zu lassen. Förderbereiche sollen unter anderem nachhaltiges Sedimentmanagement, Erhalt und Erweiterung von Hafenbauwerken und moderne Suprastruktur umfassen.

Nitsch: „Die Westküste darf kein blinder Fleck bleiben – weder wirtschaftlich noch verkehrspolitisch. Der Fonds ist unser Vorschlag für eine verlässliche, gemeinschaftlich finanzierte Lösung für alle Hafenstandorte im Land.“